

Sie befinden sich hier: [Startseite](#) › [Staatskanzlei](#) › [Bayern in Berlin](#) › **Plenarsitzungen im Bundesrat**

Bundesratssitzungen

Sitzung des Bundesrates am 10. Juni 2022

10. Juni 2022



Staatsminister Dr. Florian Herrmann (rechts) begrüßte den neuen hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein (links)

100 Mrd. Euro zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit: Der **Bundesrat** machte mit der **Zustimmung zur Änderung des Grundgesetzes** und der **Billigung eines Finanzierungsgesetzes** den Weg frei für die **Errichtung eines Bundeswehr-Sondervermögens**. Damit sollen **Investitionen in die Bundeswehr**, die durch den russischen Angriffskrieg und die dadurch veränderte Sicherheitslage notwendig wurden, sowie die **Erreichung des 2 %-Ziels der NATO sichergestellt** werden.

Bayerns Bundesratsminister und Leiter der Staatskanzlei Dr. Florian Herrmann begrüßte die Neuregelung als einen guten Tag für die Bundeswehr, forderte jetzt aber eine schnelle und schlagkräftige Ausstattung der Bundeswehr.



- [zum Video](#)
- [zur Rede](#)

Mit der Errichtung des Sondervermögens werden weite Teile der Forderungen der **Staatsregierung** erfüllt, welche Bayern im Rahmen einer **Initiative für ein 10-Punkte-Sofortprogramm zur Neuausrichtung der Bundeswehr und Reform der Sicherheitsarchitektur** in die Länderkammer eingebracht hatte. **Staatsminister Dr. Florian Herrmann** hatte den Entschließungsantrag im **Bundesratsplenum** am **11. März 2022** vorgestellt.



Ulrike Scharf, Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales

Von **Bayern abgelehnt** wurde die Einführung eines **Sanktionsmoratoriums in der Grundsicherung für Arbeitssuchende**. Danach soll z.B. für Hartz IV-Empfänger ein einjähriges Sanktionsmoratorium bei **Pflichtverletzungen** wie fehlender Mitwirkung bei der Arbeitssuche gelten. **Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf** begründete die **Ablehnung** und verwies darauf, dass mit der Neufassung der dem System der sozialen Sicherung in Deutschland zugrundeliegende **Grundsatz des „Fördern und Fordern“** aufgehoben und die **Solidarbereitschaft der Steuerzahler** überdehnt werde. Anstelle eines praxisfernen Sanktionsmoratoriums als Zwischenschritt forderte sie eine **umfassende Neuregelung mit rechtssicher definierten Sanktionsmöglichkeiten**.

- [zum Video](#)
- [zur Rede](#)

- [zu den Voten](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

